

**Antrag 176/I/2025****FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger****BPT (Konsens)**

**Für eine universelle feministische Solidarität: Sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten konsequenter bekämpfen und Überlebende effektiver schützen**

- 1 Zur Umsetzung einer feministischen Außen- und Entwick-
- 2 lungspolitik fordern wir:
- 3
- 4 1. Ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur um-
- 5 fassenden Untersuchung, Aufklärung und ggf. straf-
- 6 rechtlichen Verfolgung aller Berichte über sexuali-
- 7 sierte Gewalt in allen Konflikten („conflict-related
- 8 sexual violence“, CRSV) weltweit. Dies setzt auf-
- 9 grund der Schwierigkeit der Beweissicherung so-
- 10 wie des großen Risikos einer Re-Traumatisierung
- 11 ein hohes Maß an Erfahrung und Sensibilität sei-
- 12 tens der Ermittler\*innen voraus. Aus diesem Grund
- 13 sollte sich Deutschland für die Aufstellung von Ex-
- 14 pert\*innenteams für die Ermittlung in allen Ver-
- 15 dachtsfällen einsetzen und diplomatisch auf unein-
- 16 geschränkten Zugang zu allen relevanten Schau-
- 17 plätzen und Beweisen einwirken. In internationalen
- 18 Friedensmissionen sollen die Protection- und Om-
- 19 budsstellen zu CRSV systematisch ausgebaut wer-
- 20 den.
- 21 2. Ausbau und Umsetzung sozialer/psychologischer
- 22 Begleitprojekte für Überlebende von CRSV sowohl
- 23 vor Ort als auch in Deutschland, um eine Bewälti-
- 24 gung zu ermöglichen und eine Re-Traumatisierung
- 25 durch die zahlreichen Berichte und Bilder aus ak-
- 26 tuellen Konflikten vorzubeugen. Hierbei müssen
- 27 sprachliche, sozio-kulturelle und religiöse Bedürf-
- 28 nisse besonders berücksichtigt werden.
- 29 3. Die Bundesregierung sollte Untersuchungsmissio-
- 30 nen zu Fällen von CRSV auch in medial wenig prä-
- 31 senten Krisenregionen wie Sudan, Kongo und Ti-
- 32 gray die notwendige finanzielle und politische Un-
- 33 terstützung zukommen lassen, auf welche diese an-
- 34 gewiesen sind. Eine Stärkung des VN-Systems sowie
- 35 des Mandats des IKRK in diesem Bereich ist zu be-
- 36 grüßen.
- 37 4. Einsatz für verpflichtende Ausbildungsmodu-
- 38 le zur Sensibilisierung/Prävention für VN-
- 39 Friedenstruppen in allen Truppenstellernationen,
- 40 in Deutschland diesbzgl. Stärkung des Zentrums
- 41 für internationale Friedenseinsätze, sowie striktere
- 42 Selbstverpflichtungsmaßgaben an alle Entsender-
- 43 staaten bzgl. der rigorosen Strafverfolgung von
- 44 Verdachtsfällen durch nationale Gerichte.
- 45 5. (Internationale) strafrechtliche Verfolgung und
- 46 Ahndung erleichtern: jüngste Fälle von Freisprü-
- 47 chen in CRSV-Verdachtsfällen haben gezeigt, dass

die Beweislast und Attribuierungspflicht im Vergleich zu anderen Kriegsverbrechen disproportional hoch ist. Die Bundesregierung sollte deshalb proaktiv für eine völkerrechtliche Anpassung eintreten, welche diese Disproportionalität überkommt.

6. Aktuelle Planungen zur Haushaltskürzung in den Bereichen Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit sehen wir vor dem Hintergrund der o.g. Forderung äußerst kritisch. Die Bundesregierung sollte die Mittel in diesen Bereichen ausweiten, anstatt sie zu kürzen.

7. Eine stärkere Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit für Verantwortlichkeiten, Zielsetzungen und Arbeitsweise multilateraler Institutionen wie VN-Agenturen, um Versuchen der unaufrichtigen Politisierung zur Untergrabung des multilateralen Systems - insb. seitens Akteuren der rechten "Anti Rights"-Bewegung - vorzugreifen und die Bedeutung des deutschen Engagements zur Aufrechterhaltung, Gestaltung und Stärkung des Systems sichtbar zu machen.

8. Vorausschauende Planung: mit dem absehbaren politischen Rechtsruck wichtiger Geberländer und der damit einhergehenden Gefahr einer abermaligen Mittelkürzung im Bereich reproduktiver Gesundheit, insb. mit Antritt der zweiten Trump-Administration, sollte die Bundesregierung zeitnah multilaterale politische Allianzen schmieden, um weitere Mittelkürzungen in diesem Bereich umgehend zu kompensieren und als international verlässlicher Partner diese Lücke zu füllen.

#### **Begründung**

SPD und Bundesregierung sollten sich zu einer bedingungslosen universellen Solidarität mit allen Opfern von sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten (CRSV) bekennen und diese mit konkreten Maßnahmen verbinden. Aufmerksamkeit für CRSV in spezifischen bewaffneten Konflikten ist kein Selbstzweck, sondern muss geschaffen werden, um die notwendigen Ressourcen für Prävention, Aufklärung, Verfolgung und insb. die ausreichende medizinische und psychologische Betreuung für Überlebende zu sichern. In zahlreichen Konflikten des globalen Südens sind die humanitären Bedarfspläne jedoch massiv unterfinanziert. CRSV wird oftmals nachrangig behandelt. Es bedarf deshalb unbedingt einer Schließung der globalen humanitären Finanzierungslücke.